



Ereigniswege zum Holocaust ?

Wirren um eine Berliner Denkmal-Idee

Die Diskussion um ein Berliner Holocaust-Mahnmal ist auf die Feuilletonseiten der großen Tages- und Wochenzeitungen vorgerückt, seit der Standort, den die Initiatoren des Projektes derzeit favorisieren, zu einem der Schwerpunkte für die "Hauptstadt"-Planungen geworden ist. Die Realisierung ist nun auf Regierungsebene (Bund und Land Berlin) beschlossen. Es wird, entsprechend dem Konzept des "Förderkreises zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e. V.", als "nationale Aufgabe" angesehen und dementsprechend großzügig gefördert.

Wie das Mahnmal konkret aussehen soll, ist allerdings noch nicht entschieden. Die Vorstellungen des Förderkreises sind allzu problematisch und halten weder einer fachlichen Beurteilung noch einer öffentlichen Diskussion stand. So muß es eine Phase des Nachdenkens geben, in der auch die unglückliche vierjährige Vorgeschichte nochmals zu erörtern ist.

Denn leider hat die Kontroverse um das ursprünglich für das Gestapo-Gelände gedachte Denkmal einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen. Lea Rosh hatte die Forderung nach einem "riesigen, unübersehbaren Mahnmal" (L.R. im Vorwärts, 5.11.88) zu einem Zeitpunkt erhoben, als die am Gestapo-Gelände engagierten Gruppen das traditionelle Gedenkkunst-Vokabular als Sackgasse erkannt hatten - viereinhalb Jahre nach dem nicht realisierten Kunstwettbewerb für das Gestapo-Gelände mit seiner Fülle monumentaler, symbolbeladener Mahnmalanlagen, ein Jahr nach der Einrichtung der weltweit gelobten nüchternen Dokumentationsausstellung "Topographie des Terrors". Stattdessen war mühsam ein breiter Konsens gefunden, daß Erinnerung an Nazi-Verbrechen als aktiver Prozeß von Dialog und Lernen verstanden werden sollte.

Das plötzlich mit Hilfe einer bundesweiten Anzeigenkampagne medienwirksam propagierte Holocaust-Projekt der SPD-nahen

"Perspektive Berlin" spaltete daher die am Thema engagierten Gruppen in Mahnmalsgegner und -befürworter. Die Kritiker wurden als Gegner der Erinnerung an den Judenmord diffamiert, sachliche Argumente als unmoralisch zurückgewiesen. Zugleich provozierte das Holocaust-Projekt eine schlimme Auseinandersetzung mit verschiedenen Verfolgtengruppen um gemeinsames oder in Rangfolgen verwiesenes Gedenken. Die Auseinandersetzung zwischen der "Perspektive Berlin" und den Vertretern der Sinti und Roma, die mit Recht befürchteten, beim staatsoffiziellen Gedenkkakt am zentralen Mahnmal unberücksichtigt zu bleiben, resultiert in einem peinlichen, in den Medien dann noch simplifiziert ausgetragenen Streit um die Frage der Einzigartigkeit der jüdischen Opferrolle.

Als 1990 für das Gestapo-Gelände ein Dokumentations- und Besucherzentrum vorgesehen und das Holocaust-Mahnmal endgültig abgelehnt wurde, faßte die "Perspektive Berlin" als neuen Standort die Brachfläche nördlich des Potsdamer Platzes ins Auge, das Gebiet der Wilhelminischen Ministergärten, zu DDR-Zeiten Grenzmauer-Todesstreifen, nun wieder Stadtmitte, ein umstrittenes Gelände im Eigentum des Bundes. Hier befand sich einer der Seiteneingänge des Führerbunkers, genauer: der Bunkerbereich der Fahrbereitschaft Hitlers, mit widerwärtigen, SS-ideologiegetränkten Wandmalereien, die bei ihrer Wiederentdeckung öffentliche Gruselgefühle erregten und mittlerweile unter Denkmalschutz gestellt sind.

Das Konzept des inzwischen gegründeten "Förderkreises" für diesen Standort bezieht diese Bunkerräume mit ein (Lea Rosh: "Auf den Trümmern dieses Zentrums der Nazi-Macht ein Denkmal für die ermordeten Juden zu setzen, heißt, die Ermordeten über ihre Mörder, die Opfer über die Täter zu erheben.") Es wurde von Harald Szeemann entwickelt, der das schwierige Thema mit dem phantasievollen Blick des Ausstellungsmachers als dramaturgisch zu bewältigende Inszenierungsaufgabe anpackt. Mit dem unbescheidenen Anspruch,

einen "neuen Denkmaltyp für die schmerzliche und revoltierende Schmach der Geschichte zu erfinden", entwirft Szeemann eine "Ereignisstruktur, die Anklage, Erinnerungs- und Besinnungspotential synthetisch faßt, also einen neuen Denkmaltyp kreiert, den synthetisch integrierten".

Als Vorlage für den geplanten Wettbewerb kombiniert Szeemann das Formenrepertoire der konventionellen, aber längst fragwürdig gewordenen Gedenkkunst-Symbolik mit der Idee eines unterirdischen "Ereignisweges", der "individuelles Miterleben" des Besuchers provozieren soll:

- den Davidstern, dessen "Ornamentik"(!) die unterirdische Gedenkanlage baulich-räumlich und als Lichtinstallation definieren soll (Saal der Täter, Saal der Opfer, Saal der Schicksale...)
- die Nachbildung von KZ-Toren an den Ein- und Ausgängen der Anlage und einer "Klagemauer";
- Wände und Säulen mit eingemeißelten Sätzen, Zahlen und Judensternen;
- und über der Erde schließlich eine großdimensionierte, metaphorhafte Zentral-Skulptur als Zeichen für das Eigentliche.

An Christian Boltanski mit seiner Kleider-Installation "Lager" denkt Szeemann oder an Bruce Naumann mit seinen "Geschleiften Tierleibern" oder an Rebecca Horn mit ihrer "Hammerschlag" Installation. Für die Zentral-Struktur ist Richard Serra im Gespräch. Die Frage drängt sich auf, wieviel Spielraum für Entwürfe bei einer solchen Festlegung von Formen, Wirkungen und Namen in einem Wettbewerb noch möglich wäre. Doch nicht nur die Einzelheiten, vor allem der Grundansatz ist fragwürdig.

Eine dramatisch angelegte Inszenierung zum Thema Judenmord die das "unsagbare Grauen zum Ausdruck" bringen soll, trägt wenig bei zur notwendigen Gedankenarbeit. Schon die befremdliche Vorstellung, daß das gigantische Ausmaß der NS-Verbrechen an den Juden eine entsprechend großdimensionierte Mahnmalanlage erfordert, um Gedenken nachdrücklich zu manifestieren, widerspricht allen Erfahrungen mit zeitgenössischen



Gedenkstätten. 10 bis 20 Millionen Mark soll die Anlage kosten, die Hälfte von privaten Sponsoren aufgebracht, die andere Hälfte von Bund und Land Berlin geteilt. Der Berliner Beitrag wird den Gesamt-Jahresetat für Kunst im öffentlichen Raum erheblich überschreiten und nur durch Sondermittel finanzierbar sein (zum Vergleich: das bisher teuerste Projekt der Berliner Kunst im öffentlichen Raum kostete 3 Millionen).

Doch gerade im Engagement und im Finanzbeitrag des Landes Berlin liegt die Chance, das Projekt noch einmal gründlich zu überdenken. Diese Chance werden sich die Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen und für Kulturelle Angelegenheiten hoffentlich nicht nehmen lassen. Denn es wird die Bauverwaltung sein, die den geplanten Wettbewerb ausschreibt, und nicht, wie es der "Förderkreis" gewünscht hatte, er selbst in eigener Regie. Und damit können einige Fragen öffentlich diskutiert und rational entschieden werden.

- Muß der geplante Wettbewerb dem problematischen Inszenierungskonzept folgen oder können nicht ganz andere, sachliche Formen der Annäherung an dieses Thema gefunden werden?

- Ist angesichts der inhaltlichen und finanziellen Dimensionen für dieses Projekt nicht ein offener Wettbewerb statt des vorgesehenen engeren angemessen?

- Sollte nicht von der makabren Verknüpfung dieses Projektes (Opfer-Mahnmal) mit dem SS-Bunker (Täter-Ort) abgesehen werden? Der Kultursenator hat selbst die Möglichkeit erwogen, den SS-Bunker von der räumlich benachbarten Stiftung "Topographie des Terrors" betreuen zu lassen und damit eine nüchterne dokumentarische Vermittlung zu ermöglichen. Ein solcher Verzicht auf die In-

tegration des SS-Bunker würde natürlich bedeuten, daß eine unterirdische Anlage nicht länger den Angelpunkt eines Mahnmal-Konzeptes sein könnte - ein konzeptionelles, aber auch ein finanzielles Umdenken.

- Wäre es nicht sinnvoll, die Entscheidung des Bundesinnenministeriums vom Juli 1992, kein gemeinsames Mahnmal für die ermordeten Juden und die Sinti und Roma zu schaffen, im Blick auf einen neuen konzeptionellen Ansatz noch einmal zu überdenken? Und weiter: Könnte ein neuer Ansatz nicht alle Opfergruppen des NS-Regimes einbeziehen?

Geteilte Erinnerung?

Die Diskussion muß geführt werden. Die Diskussion muß, kaum in Gang gekommen, zu Ende sein. Ein Widerspruch? Oder eine Folge der Schwierigkeit, Schuld und Gedächtnis, jenseits von Dokumentation oder Proklamation, öffentlich zu machen? Das Mahnmal für die ermordeten Juden, als Erinnerung an Schuld und Zeugnis der Trauer bedarf keiner Begründung. Und doch, sobald dieses Monumentum die Opfer entzweit, schlittert noch der zwingendste Plan auf dünnes Eis. Eine Gedenkstätte für Juden, durch die Sinti und Roma sich - zu Recht oder zu Unrecht - übergangen fühlen, ist mit einem Geburtsfehler behaftet. Jedes kompensatorische Denkmal (Aufwand und Größe, gestuft nach dem Opferproporz?) strandet in Peinlichkeit. Der "Bundesgedenkpark", den Rudolf Kraft in der Zeit vom 24. Juli mit entsetzter Satire in den Ministergärten hochwachsen sieht - darin liegt keine Diffamierung des Projekts, sondern eine Konsequenz daraus. Ein Mahnmal für die einen, gegen den erklärten Willen der anderen Opfer durchzusetzen, hieße, bei nobelstem Engagement, die Trauer mit der Brechstange sichtbar machen. Einen Streit, Juden hier, Sinti und

Roma da, Homosexuelle hüben, Bibelforscher drüben, darf es nicht geben. Heute weniger denn je.

Der Historiker Eberhard Jaeckel dementiert zu Recht, daß Lea Roshs Projekt die Opfer hierarchisieren will. Was hierarchisiert wird, seien die historischen Vorgänge. Hier spricht der Wissenschaftler, der vergleicht, abwägt, nach Merkmalen sortiert. Kann das gleichermaßen Aufgabe eines Denkmals sein? Verlängert der fruchtlose "Historikerstreit" sich so in die Mahnmalsdiskussion? Nicht nur die Verbrechen der Nazis, auch die Leiden der Juden - eine singuläre, unvergleichliche Kategorie? Eine solche Erkenntnis mag durchaus Sache des Historikers sein. Ein Mahnmal steht in seinem eigenen emotionalen Raum.

Also doch "Ereigniswege" zum Holocaust? Hier liegt ein zweites, nicht ganz so sensibles Problem. Hier darf gestritten werden. Die Erinnerung an den Holocaust fand erst spät eine künstlerische Strategie, die dem komplexen Geflecht aus Verbrechen und Verdrängnis Ausdruck gab. Jochen und Esther Gerz, Horst Hoheisel und wenige andere brachten unsere moralische Amnesie ins Bild. Nicht nur die Opfer und Mörder, sondern auch die Nachkommen, wir alle, sind Teil des Prozesses, der Erinnerung heißt. Kann ein Mahnmal hinter diese bedrängende Sublimierung zurück? Treten - künstlerisch noch so eindrucksvolle - "Ereigniswege" an die Stelle der Selbstreflektion? Das doppelte Unbehagen am Plan von Lea Rosh löst sich nicht auf. Die eine Diskussion sollte verstummen. Für die andere ist es hoffentlich noch nicht zu spät.

Stefanie Endlich

(Aus: Orte; Heft 3, Oktober 1992)

(Stefanie Endlich ist u. a. Mitglied in den Expertenkommissionen zum "Prinz-Albrecht-Gelände" und zur Neugestaltung der Brandenburgischen Gedenkstätte.)